Nachhaltige Entwicklung zwischen Bedürfnis und Anspruch

Die Wirkmacht der Menschen, den Globus zu verändern, war noch nie so gross wie heute. Soll nachhaltige Entwicklung in dieser neuen Epoche und im Spannungsfeld von politischen, wirtschaftlichen und gruppenspezifischen Interessen gelingen, sind neue Denkansätze nötig und geeignete Rahmenbedingungen müssen geschaffen und umgesetzt werden. Dabei gilt es, den Nachhaltigkeitsbegriff als normativen Gerechtigkeits- und Verantwortungsbegriff ernst zu nehmen und sich intra- und intergenerationelle Fragen von Gerechtigkeit und Verantwortung zu stellen.

«Es ist das Ende der Welt, wie wir sie kennen und jetzt können wir deprimiert sein oder neue Chancen erkennen und anpacken», eröffnete der Nachhaltigkeitsforscher Dr. Jürg Minsch die Veranstaltungsreihe und rief zu neuen, kreativen Denkansätzen auf. Noch werde Nachhaltigkeit vielfach als Störung wahrgenommen, die liebgewonnene Gewohnheiten oder Geschäftsmodelle in Frage stelle und deshalb zu einem defensiven Denken verlocke. Man bleibe im Denken dem alten Lebens- und Wirtschaftsstil verhaftet «und versucht nachzubessern, was vielleicht gar nicht mehr nachgebessert werden sollte, weil es überholt ist».

Nachhaltigkeit statt Verbilligung der Zentralressourcen

Doch gerade jetzt, im Zeitalter des Anthropozäns, scheint ein Umdenken dringender denn je. Wir Menschen hätten die Wirkkraft, den Globus grundlegend zu verändern, hätten aber «nicht die Nachhaltigkeit kultiviert, sondern die Verbilligung der Zentralressourcen». Die Idee der billigen Zentralressource sei seit den 1950er Jahren das Rezept für unseren Wohlstand, sie verhindere aber Lernprozesse zu einem sinnvollen Umgang mit Ressourcen. Doch nun stosse dieses Entwicklungsmodell an seine Grenzen, so Minsch, und «diese Grenzen sollten wir einsehen, aber nicht defensiv, sondern als Möglichkeit für Neues».

Den Curlingstein in die Hand nehmen!

Wir müssten kreativ denken, forderte Minsch und veranschaulichte dies am Beispiel des Curlings: «Das bisherige korrektive Denken war reines Wischen. Wir müssen jetzt den Curlingstein in die Hand nehmen.» Das bedeute, ermutigende Erfolgsgeschichten anzuschauen und kreativ statt korrektiv und defensiv zu denken. Es bedeute auch, «Nachhaltigkeit» zu vergessen und durch «nachhaltige Entwicklung» zu ersetzen, im Sinne eines Prozesses, einer Bewegung, so Minsch. «Für mich ist nachhaltige Entwicklung die Bekräftigung unseres zivilisatorischen Prozesses einer menschenrechtsbasierten, demokratischen Gesellschaft mit einer Wirtschaft, die Verantwortung integriert hat.»

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist nicht neu

Prof. Christian Rohr vom Historischen Institut der Universität Bern richtete seinen Fokus auf das «hölzerne Zeitalter» vor dem Anthropozän und beleuchtete den Nachhaltigkeitsbegriff aus geschichtlicher Perspektive am Beispiel der Holz- und Waldnutzung. Holz als wichtigster Bau- und Brennstoff sei im Laufe des 18. Jahrhunderts vielerorts immer knapper geworden, so Rohr. Der Begriff des nachhaltigen Wirtschaftens sei denn auch in dieser Zeit zum ersten Mal belegt in der Schrift «Sylvicultura oeconomica» (1713) des sächsischen Nationalökonomen Hans Carl von Carlowitz. Sie ziele darauf ab, «kurzfristige oder partikulare Gewinne nicht mehr in den Vordergrund zu stellen, so wie das während zweihundert Jahren im Berg- und Hüttenwesen geschehen ist», erklärte Rohr. Neu seien die gezielte Aufforstung, die Eindämmung der bäuerlichen Waldnutzung und die Kontrolle verschiedener im Wald angesiedelter Gewerbe in den Vordergrund gerückt. Nachhaltigkeit in Bezug auf die ökonomische Prosperität des Landes sei zentral gewe-

sen. Erste Waldordnungen hätten bereits im Spätmittelalter existiert, als Wald noch als Allgemeingut gegolten habe. Sie würden nachhaltiges Bewirtschaften erkennen lassen, verwiesen aber auch auf das Konfliktpotential, welches die Wald- und Holznutzung durch verschiedene Interessensgruppen barg.

Spannungsfeld nachhaltiges Wirtschaften

In der Schweiz nahm die Abholzung bis ins 19. Jahrhundert zu. Erst nach zwei Hochwasserkatastrophen 1834 und 1868 wurden die vormals sehr unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen zum Schutz des Waldes nach und nach durch nationale Forstgesetze abgelöst. Aufforstung geschah weniger im Sinne eines ökonomischen Nachhaltigkeitsgedankens, denn als Schutz vor Überschwemmungen im Flachland, die man auf die unkontrollierte Abholzung im Gebirge zurückführte. So habe sich der Nachhaltigkeitsdiskurs bis ins 19. Jahrhundert auf die Forstwirtschaft konzentriert. Seither seien zunehmend auch der Abbau von Bodenschätzen und die Förderung fossiler Brennstoffe in den Mittelpunkt gerückt. Doch «die Begrenztheit dieser Ressourcen ist viel höher als beim Holz und es entsteht eine noch stärkere politisch-wirtschaftliche Abhängigkeit von Fördergebieten», stellte Rohr fest.
Seine Ausführungen zeigten, dass nachhaltiges Wirtschaften seit jeher in einem Spannungsfeld von politischen, wirtschaftlichen und gruppenspezifischen Interessen stand.

Die Agenda 2030

In diesem Spannungsfeld ist auch die neue Agenda 2030 mit den «Sustainable Development Goals» (SDGs) anzusiedeln. Sie wurde am 25. September 2015 von 193 Mitgliedstaaten der UNO verabschiedet. Mit ihren fünf Dimensionen «Umwelt», «Wirtschaft», «Gesellschaft», «Partnerschaft» und «Friedenspolitik/Rechtsstaatlichkeit» und den 17 Hauptzielen sei ein wichtiger Rahmen für eine neue Epoche der nachhaltigen Entwicklung geschaffen worden, gab sich Michael Gerber, Sonderbeauftragter des Bundesrates, optimistisch. Die Schweiz war massgeblich an der Ausarbeitung der Agenda beteiligt. Neben der normativen Formulierung von Einzelzielen wie z.B. «Gesundheit» oder «Frieden und Rechtsstaatlichkeit» zur Gewaltreduktion sei es der Schweiz insbesondere wichtig gewesen, auch deren Umsetzung – Finanzierung, Überprüfung der Zielerreichung oder Modus der Berichterstattung – im Abschlussdokument zu integrieren.

Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

«Die Wirtschaft trägt laufend zur nachhaltigen Entwicklung bei», gab sich Gerber überzeugt, und der Bereich der Unternehmensverantwortung würde ständig ausgebaut. Um Ressourcen zu bündeln und gemeinsam zu nutzen, Risiken zu teilen und damit systemische Herausforderungen zu überwinden, brauche es einen globalen Investitionsbedarf von ca. 4 Billionen USD. «Dieses Geld muss nicht neu geschaffen werden», so Gerber zuversichtlich «es muss nur einfach in bessere Kanäle geleitet werden.» Dabei seien insbesondere private Investitionen unverzichtbar.
Am Wasserfussabdruck beim Kaffeeanbau erläuterte Gerber das Potenzial von öffentlich-privaten Partnerschaften. Für eine einzige Tasse Kaffee brauche es im Normalfall 140 Liter Wasser. In einem Projekt in Vietnam mit bisher 50'000 Kaffeebauern habe das Zusammenspiel von Universitäten, Organisationen und Firmen ermöglicht, den Wasserverbrauch um bis zu 40 % zu reduzieren. Das entspreche dem Wasserbedarf von 2,5 Mio. Menschen pro Jahr.

Umsetzung der SDGs in der Schweiz

Die Schweiz setze die universell gültigen 17 Ziele der Agenda 2030 auf zwei Ebenen um: International sei die aussenpolitische Strategie ebenso wichtig wie neue kreative Ansätze bei Entwicklungsprojekten. Doch angesichts des enorm hohen Finanzbedarfs für die Umsetzung der Ziele «braucht es vor allem einen Paradigmenwechsel im Wirtschaften», mahnte der Referent. Die Ziele müssten aber auch national umgesetzt werden durch einen konkreten «Aktionsplan», eine Stärkung der Kohärenz in der Politik und in der Berichterstattung über die Umsetzung. Der Referent zeigte sich insgesamt zuversichtlich: «Ich sehe viel mehr Chancen als Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda, auch für die Wirtschaft.»

Von der Schuld zur Fairness

So optimistisch wie Botschafter Gerber zeigte sich Prof. Thomas Beschorner vom Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen nicht. Mit Blick auf die Nachhaltigkeit konstatierte Beschorner: «Jedes Jahr, so ab Mitte August, haben wir die Ressourcen unseres Planeten erschöpft. Alles, was wir danach produzieren und konsumieren ist nicht mehr nachhaltig.» Das heisst wir machen ökologische und soziale Schulden, die von anderen bezahlt werden müssen. «Es geht um intra- und intergenerationelle Fragen von Gerechtigkeit, Fairness und Verantwortung», so Beschorner. Für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung formulierte er vier Thesen:

Eine lebensdienliche Ökonomie

«Es gilt den Nachhaltigkeitsbegriff als normativen Gerechtigkeits- und Verantwortungsbegriff ernst zu nehmen», lautete die erste These des Ethikers. So unterschied er im gängigen Drei-Säulen-Modell den Bereich der Ökonomie als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung von den Zweckbereichen der Ökologie und des Sozialen. Nur wenn sich die Ökonomie als lebensdienliche Ökonomie von der Wie-Frage von Effizienz und Wachstum hin zur Wozu-Frage wende – «die Ökonomie soll dem Leben dienen und nicht umgekehrt» – könne die geforderte Balance der Nachhaltigkeit erreicht werden.

«Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu»

«Wir leben in einer pluralen Gesellschaft, in der wir uns über das moralisch Richtige oft uneins sind», so die zweite These. Dennoch hätten wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise so zu gestalten, dass sie einer nachhaltigen Entwicklung förderlich sei. Dazu müsse der Katalog von möglichen Wertekriterien «tue dies, tue jenes» durch formale, prozedurale Ethiken abgelöst werden. Reflexionsangebote wie der «imaginäre Rollentausch» oder der «Schleier des Unwissens» (John Rawls) sind Beispiele dafür. Im Wesentlichen gehe es darum, die Eigeninteressen zugunsten der Allgemeininteressen zurückzustellen und das Besitzdenken zurückzunehmen.

Moralisches Handeln heisst Verantwortung

Mit seiner dritten These «die praktische Anwendung und Implementierung von Verantwortung sollten im Zentrum einer nachhaltigen Entwicklung stehen» setzte Beschorner die Anwendung der Normen der rein moralphilosophischen Begründung gegenüber. «Was ist das richtige moralische Handeln, was ist eine gerechte Gesellschaft?»

Zuckerbrot und Peitsche

In der letzten These fokussierte der Referent auf die beiderseitige Verantwortung von Akteuren und politischem System. «Verantwortung braucht Adressaten und ein besseres Zusammenspiel zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren.» Unter den Bedingungen der Globalisierung mit erweiterten Handlungsspielräumen brauche es sowohl eine integrative Unternehmensverantwortung als auch eine neue Wirtschaftspolitik. So müsse eine «stick and carrot-Politik» mit Förderprogrammen verantwortungsvolle Unternehmen unterstützen (Zuckerbrot). Fehlbares Handeln hingegen sei durch ein neues Unternehmensstrafrecht rigoroser zu verfolgen (Peitsche).

Sarah Beyeler und Martina Dubach